

## Europa

### Der historische Absturz wird immer wahrscheinlicher

**Die** EU ist keine Gemeinschaft mehr, sondern zerstritten wie noch nie. Das Referendum in Großbritannien biete die Chance, die EU und den Euro grundlegend zu reformieren. Doch die Probleme könnten schon zu schwerwiegend sein, um noch eine Sanierung zu schaffen.

**Der** Wunsch der Briten, aus der EU auszusteigen, ist seit dem Brexit-Votum mit einer Mehrheit von 52 Prozent nicht mehr zu bestreiten. Er hat das Lager der Pro-Europäer kräftig geschockt. An den globalen Finanzmärkten hat das Votum für herbe Verluste gesorgt und bei Edelmetallen eine bereits begonnene Preisrally verstärkt. Den schärfsten Kurskollaps erleben derzeit die Banken in Europa.

Die Folgen machen sich schon jetzt bemerkbar. Die Unsicherheit greift um sich: Das Verbrauchervertrauen in Großbritannien ist nach dem Brexit-Votum so tief gefallen wie seit 21 Jahren nicht mehr. Die Mehrheit der Briten erwartet nichts Gutes für die Wirtschaft.

Und das hat einen brisanten Grund: Der europäischen Geldwirtschaft droht ein GAU. Schwache Exportgeschäfte ihrer Kunden, strengere Auflagen, Negativzinsen und eine Abkühlung des Immobilien-Booms sowie eine Zunahme fauler Kredite.

Die Zeichen dafür mehren sich unübersehbar. Führende Finanzseiten wie *ZeroHedge* weisen auf einen [eskalierenden Kredit-Stress](#) hin. Die Aktien der Royal Bank of Scotland fielen nach dem Brexit auf den [tiefsten Stand seit der Finanzkrise](#) und verloren ein Viertel ihres Wertes.

Der britische *Guardian* spricht von einer [»stillen Krise«](#) und meint damit gar nicht so sehr die Banken auf der Insel, sondern vielmehr die in Italien.

**Dort** stehen in einem völlig überdehnten Bankensektor, der mehr Niederlassungen hat, als es Restaurants gibt, [für 360 Milliarden Dollar](#) faule und wacklige Kredite in den Büchern. Die Wackelkredite machen inzwischen 18 Prozent aller Ausleihungen aus. Das ist drei Mal so viel wie im Schnitt der EU.

**Aktuell** benötigen die italienischen Banken offiziell 150 Milliarden Euro. Banken-Experten rechnen eher mit 565 Milliarden Euro. Und sagen, dass auch diese Summe noch steigen könnte – bis auf 1.000 Milliarden Euro. Völlig unklar ist außerdem, inwieweit ausländische Banken aufgrund der geschäftlichen Verflechtung mit italienischen Geldhäusern im Risiko stehen.

**Hier** hat sich über Jahre die wachsende Zahlungsunfähigkeit einer stagnierenden Volkswirtschaft aufgetürmt. Der Index der Aktien italienischer Banken hat im laufenden Jahr 35 Prozent eingebüßt. Ein Notfonds, der eingerichtet wurde, hat noch keine Erleichterung gebracht.

**Nun** erlaubt die EU Italien Staatshilfen im Umfang von 150 Milliarden Euro für heimische Banken. Begründet wird diese Freigabe als „Vorsichtsmaßnahme“. Dazu legt der italienische Staat entspr. Staatsanleihen auf (FIAT-Geld / Geldschöpfung aus dem Nichts). Parallel dazu verdichten sich Hinweise, die EZB könne in Betracht ziehen, asymmetrisch mehr italienische Staatsanleihen zu kaufen.

Damit wäre Deutschland automatisch mit mind. 27% an der Sanierung italienischer Banken, mit unseren Steuergeldern, direkt beteiligt.

**Vor** Weihnachten mussten die Einlagen von Kunden bei vier trudelnden Banken gesichert werden. Viele Kleinsparer haben Anleihen ihrer maroden Kreditinstitute gekauft. Als ein geschädigter Anleihebesitzer kürzlich Selbstmord beging, geriet die Regierung von Matteo Renzi unter Druck. Dem Premier wurde vorgeworfen, einen staatlich verursachten Selbstmord auf dem Gewissen zu haben. Die faulen Kredite entsprechen jetzt einem Fünftel der jährlichen Wirtschaftsleistung Italiens.

Und nun dies: Die italienische Notenbank fürchtet offenbar, dass die Sparer die Nerven verlieren und wegen der Banken-Krise die Schalter von gefährdeten Instituten stürmen könnten. Die Lage im italienischen Banken-Sektor ist kritisch. Sie hat das Potenzial, Italien in den Staats-Bankrott zu treiben. Daher muss jetzt umgehend gehandelt werden, um Kleinanleger und Steuerzahler zu schützen. Die Folgen eines Crashes in Italien wären für die ganze Euro-Zone unabsehbar.

### Warnsignale: Krisen ohne Ende

**Wie** befürchtet, macht sich nach dem Referendum Theaterdonner von allen Seiten breit.

EU-Präsident Schulz will die EU-Kommission zu einer echten EU-Regierung umbauen. Durch diese Maßnahme würde der Rat - also die Gruppe der nationalen Regierungschefs - entmachtet. Noch mehr Zentralismus und damit weitere Entmachtung der Nationalstaaten wäre die Folge.

Bundesfinanzminister Schäuble fordert, dass die Mitgliedstaaten selbst mehr Probleme auf EU-Ebene lösen können als bisher. Seine Idee würde zu einer Entmachtung der EU-Kommission führen. Dies wäre der richtigere Weg, aber leider sind das wohl wieder mal hohle Phrasen.

**Die** Finanzkrise 2008 hat die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds getrieben. Doch ihre Ursachen sind bis heute weder verstanden noch behoben worden.

Ganz im Gegenteil: Warnsignale, wohin man schaut. Die Gesamtsituation eskaliert weiter, und viele damals abgegebenen Prognosen von Euroskeptikern, [auch von mir](#), [und hier](#), [und hier](#), sind heute leider bittere Realität.

Der Zug rast unvermindert mit Volldampf in Richtung Abgrund. Dass die Geschwindigkeit gedrosselt oder gar die Notbremse gezogen wird, ist nicht in Sicht.

**Nach** wie vor wird auf globaler Ebene versucht, Schulden mit Schulden zu bezahlen, was weder nachhaltig ist, noch auf Dauer funktioniert. Verzweifelt bekämpfen die Notenbanken die Krise mit historisch niedrigen Zinsen – also mit einer Flut von billigem Geld. Mit dem Ziel, das Geld-Karussell am Laufen zu halten, pumpen Staaten und Notenbanken weiterhin Hunderte von Milliarden in ein völlig marodes Finanzsystem.

Die Notenbanken, die Brandstifter und Feuerwehr in einem sind, verkennen dabei, dass es gerade die niedrigen Zinsen gewesen sind, die die letzte Krise mit verursacht haben.

Durch eine aus dem Ruder gelaufene irrsinnige Notenbankpolitik wurden die Aktienmärkte global enorm aufgebläht. Abermals entstehen durch das viele billige Geld Blasen an den Immobilien-, Aktien- und Anleihemärkten. Inzwischen sind die Märkte dermaßen abhängig vom billigen Geld, dass sich niemand mehr traut, ihnen die Droge Geld zu entziehen.

**Wie** krank das Finanzsystem ist, beweist auch ein absurdes Vorkommnis in der Schweiz: Neben fantastischer Natur und erstklassigem Käse haben die Eidgenossen, besser gesagt die Credit Suisse (CS), die Magie für sich entdeckt. Bekanntlich müssen die Banken seit der Finanzkrise 2008 ihren Eigenkapitalanteil erhöhen. Die CS entschied sich dafür, sich selbst Eigenkapital zu schaffen, und zwar aus dem Nichts. Offenbar frei nach dem Motto: „Wenn wir Geld aus dem Nichts schöpfen können, warum nicht auch Eigenkapital?“.

Der Zaubertrick funktionierte folgendermaßen: Die CS vergab an arabische Investoren einen Kredit in Höhe von umgerechnet rund 9 Milliarden Euro. Dafür mussten lediglich zwei Buchungen in der Bilanz vorgenommen werden: Auf der Aktivseite wurde der Betrag als „Forderung“ eingestellt, auf der Passivseite wurde eine „Kundeneinlage“ in gleicher Höhe verbucht. Die Bank konnte sicher sein, dass die arabischen Investoren das Geld nicht abrufen werden, weil diese sich verpflichtet hatten, dafür neu geschaffene Vorzugsaktien der CS zu erwerben.

Zu diesem Zweck war lediglich eine weitere Buchung nötig – unter Kennern „Passivtausch“ genannt: Die Kundeneinlage wurde umgebucht in die Position „Eigenkapital“. So einfach funktionierte diese äußerst fragwürdige Aktion.

**Vielleicht** wäre dies ja auch eine Option für unseren Branchenprimus – die krisengeschüttelte Deutsche Bank? Nachdem die Bank im Januar 2016 an oberster Stelle verkündet hatte, dass das Haus solvent sei, bildeten sich bei mir so manche Fragezeichen.

Als dann auch noch unser Finanzminister Wolfgang Schäuble sich zur Deutschen Bank beruhigt äußert, müssen eigentlich alle Alarmglocken angehen. Die letzte Bank, die ihre Solvenz rechtfertigen musste, war ein Institut namens Lehman Brothers.

**Ich** bin nach wie vor fest davon überzeugt, dass es die Deutsche Bank in ihrer jetzigen Form in Zukunft nicht mehr geben wird. Aufgrund ihrer Größe ist eine Pleite ausgeschlossen. Da es unwahrscheinlich ist, dass irgendein Konkurrent eine Bank mit knapp [6000 laufenden Verfahren](#) an der Backe und einem [Derivate-Portfolio](#) außerhalb der Bilanz im Volumen von etwa 55 Billionen Euro (das 20-fache des deutschen BIP) übernehmen wird, dürfte es wohl auf eine Verstaatlichung hinauslaufen.

Und glaubt man den [Risiko-Profis](#), liegt die Wahrscheinlichkeit dafür bei 19%. Und damit so hoch wie noch nie!

**Die** globale Berg- und Talfahrt an den Börsen ist nur ein weiteres Menetekel. Innerhalb von nur wenigen Wochen wurden die Anstiege der vergangenen Jahre an den Aktienmärkten der Welt radikal ausradiert. In Deutschland war es den „Magiern“ der Notenbank gelungen, den Deutschen Aktienindex (DAX) bis auf über 12.000 Punkte zu zaubern. Die Frage, ob das nachhaltig ist, hat sich offensichtlich im Jubelsturm steigender Kursgewinne kaum einer gestellt.

Unbezweifelbar ist jedoch, dass in der Geschichte der Menschheit noch niemals eine Krise mit Gelddrucken nachhaltig gelöst wurde.

**Schon** allein aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass die kommenden Jahre nicht besser werden. Nein, mehr noch: Die künftigen Entwicklungen werden alles Bisherige übertreffen. Ich will hier nicht schwarzmalen. Weder Pessimismus, noch übertriebener Optimismus sind angebracht.

Es ist Zeit für Realismus! Machen Sie sich selbst ein Bild, ob wir so weitermachen können wie bisher, oder ob grundlegende Veränderungen nicht überfällig sind. Entscheidend wird wohl das Jahr 2017 werden.

### Deutschland: Von der „schwarzen Null“ zur Altersarmut

**Wir** sind Fußballweltmeister und Handballeuropameister, wir haben eine Rekordbeschäftigungsquote, noch nie waren mehr Menschen in Lohn und Brot, Rekordsteuereinnahmen und eine [„schwarze Null“](#) im Bundeshaushalt, über die sich unser Finanzminister Wolfgang Schäuble sehr freut.

Dementsprechend häufig reden die Politiker und die Medien von einem Job- und Konjunkturboom, sogar davon, dass Deutschland „heiß laufen“ würde. Betrachten wir die Fakten, dann haben wir freilich keinen Grund zum Jubeln, denn die Qualität der Daten ist fragil und nicht überzeugend. Nach wie vor zahlen internationale Konzerne in Deutschland kaum Steuern – dank Steueroasen, die teilweise mitten in Europa oder sogar in der EU liegen. Auch bei uns geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg in Deutschland 2015 um 1,7 %. Ob man hier von einem Konjunkturboom und „heiß laufen“ sprechen kann, ist sehr fraglich. Die chinesische Wirtschaft ist im gleichen Zeitraum um das Vierfache gewachsen; nämlich „nur“ um 6,9 % – so wenig wie seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr. Spätestens jetzt stellt sich wohl die Frage, wer oder was heiß läuft und wer oder was nicht?

**Schlagzeilen** wie „Deutschland erlebt binnenwirtschaftliche Blüte“, „Wegen guter Beschäftigungslage steigen die Löhne“ oder „Jobs gibt’s in Hülle und Fülle“ können nicht darüber hinwegtäuschen, dass vieles im Argen liegt.

Zwar entstehen immer mehr Jobs – die Arbeitslosigkeit liegt mit 2,66 Millionen auf einem 25-Jahres-Tief, doch dummerweise zieht die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen nicht mit.

Dies bedeutet, die Masse der neuen Jobs sind prekäre Arbeitsverhältnisse.

**Immer** mehr Menschen in Deutschland können von ihrer Hände Arbeit nicht mehr leben. Im Niedriglohnsektor arbeiten über acht Millionen Menschen in Voll- und Teilzeit. Womit dieser seit 1991 um 139 Prozent angeschwollen ist, während die wichtigen sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjobs, die die Renten finanzieren, um über 18 Prozent zurückgegangen sind. Da Niedriglohnarbeiter nichts in die Rentenkasse einbezahlen können, ist Altersarmut in großem Stil vorprogrammiert.

Es wird eine Altersarmutswelle auf uns zukommen, die auch der Exportweltmeister Deutschland nicht zu stemmen vermag!

Die Millionen jungen Menschen, die in Südeuropa arbeitslos sind, sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Unvermindert feiert Wolfgang Schäuble seine „schwarze Null“. Dass sie vor allem aufgrund der Niedrigzinsphase möglich ist, lässt er lieber außen vor. Abgesehen davon bedeutet die „schwarze Null“ nichts Anderes, als dass wir alle diese durch die Nullzinsphase mitfinanzieren und Vater Staat genau so viel Geld ausgibt, wie er einnimmt – unser tägliches Brot also.

Des Weiteren sagen die schwarze Null und das kontinuierlich steigende Bruttonationaleinkommen (BSP) relativ wenig über den Gesamtzustand unseres Landes aus: Weder über die Verteilung des Wohlstands oder die Lebensqualität, noch über das Glück und die Zufriedenheit der Deutschen.

### Europa: Wie aus einem Traum ein Albtraum wird

**Fassungslos** macht, dass die EU Griechenland ein drittes Rettungspaket gewährt hat. Nachdem die Therapie der Euro-Rettungspolitik bereits zwei Mal versagt hat, wird dem Land nun zum dritten Mal dieselbe bittere Medizin verabreicht. Auch dieses Mal wird sie nicht die erhoffte Wirkung haben. Vielmehr muss man von weiteren teuren und absolut sinnfreien „Rettungspaketen“ auf unser aller Kosten ausgehen. Die fatalen gesellschaftlichen Folgen nicht mit eingerechnet. Nach wie vor halte ich die Griechenlandhilfe für eine Konkursverschleppung in ganz großem Stil. Der radikale politische Wandel in Athen brachte ebenfalls keine Besserung, vielmehr machte er nur deutlich, dass es keinerlei Rolle spielt, wer an der Macht ist – Geld regiert die Welt.

**Schon** allein deshalb erwarte ich von „Oben“ keine Änderung. Um die griechischen Bürger und die Geldgeber zu täuschen, werden Nebelkerzen geworfen. Die Troika wurde in „Die Institutionen“ umbenannt und der unbequeme Finanzminister Yanis Varoufakis ausgewechselt. Wahlversprechen wurden nicht gehalten und keine Reformen umgesetzt – nichts Neues im Süden also.

Frei nach George Orwells *Animal Farm*: Es sind lediglich beliebig austauschbare Eliten an der Macht. Mehr denn je stellen sich folgende Fragen: Wie lange nimmt die griechische Bevölkerung die fortschreitende Zerstörung ihres Landes noch hin?

Und wann zeigen die Menschen in den Geberländern (somit auch wir) ihren Regierungen wegen der immensen Steuergeldverschwendung endlich die rote Karte?

## Aktuelle Lage der Euro- und Staatsschuldenkrise am 08. Juli 2016

---

**Doch** auch in vielen anderen Euro-Staaten, insbesondere im Süden Europas, sieht es alles andere als rosig aus. Die Verschuldung der EU-Staaten steigt weiterhin kontinuierlich, während sich die Arbeitslosenzahlen in Ländern wie Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland nach wie vor auf einem extrem hohen Niveau und die Industrieproduktion auf einem äußerst niedrigen Level befinden. Nichtsdestotrotz können sich Staaten wie beispielsweise Italien oder Spanien immer günstiger verschulden.

**Das** ist volkswirtschaftlicher Irrsinn! Italien kämpft vermehrt mit seinen maroden Banken, weshalb die immense Summe von 350 Milliarden Euro prophylaktisch in eine Bad Bank ausgelagert wurde. Gelöst ist das Problem damit nicht – es wurde lediglich in die Zukunft verlagert und auf die Bürger abgewälzt.

**Innerhalb** der EU arbeitet man stärker denn je gegen- statt miteinander. Über die Zerfallerscheinungen der EU lässt sich nicht mehr hinwegsehen. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis sie in ihrer jetzigen Form auseinanderfällt. Die EU ist alles andere als eine Gemeinschaft. Egal ob in Griechenland, Polen, Großbritannien, Portugal, Frankreich – überall wird der Wind rauer. Im September 2015 haben die Separatisten die Regionalwahl in Katalonien gewonnen. Inzwischen fordert die linksradikale CUP zivilen Ungehorsam gegenüber der spanischen Zentralregierung; die Bürger sollen die Gesetze aus Madrid missachten.

Sollte der Konflikt eskalieren und Spanien auseinanderbrechen, das Unabhängigkeitsbestreben Schottlands erneut Fahrt aufnehmen oder gar der Wunsch Nordirlands in der EU zu verbleiben und somit einen Anschluss an Irland anzustreben, sieht sich die EU mit weitaus drastischeren Problemen konfrontiert als bisher.

Viele Menschen glauben längst nicht mehr den gebetsmühlenartig vorgebrachten Aussagen der großen politischen Parteien, dass alles besser wird.

**Seit** dem 23. Juni haben wir eine neue Zeitrechnung. Wir erleben gerade live Geschichte. Die Briten haben dem Bürokratiemonster EU mit seinen offensichtlich völlig weltfremden Kommissaren eine historische Absage erteilt. Entgegen vieler Prognosen und trotz einer immensen Angstkampagne der EU-Befürworter haben sich die Briten anders entschieden und somit Schockwellen in die ganze Welt gesendet.

Nicht nur ins politische Establishment, sondern auch an die Finanzmärkte von Japan bis Chile. Dieses „Black Swan“-Ereignis hat die politischen Eliten auf dem falschen Fuß erwischt. Die Reaktionen waren drastisch, ja fast schon beleidigt – man war offensichtlich zu siegessicher. Erst wollte man die Briten nicht gehen lassen und nun will man sie so schnell wie möglich loswerden – am liebsten schon gestern. Die Strategie der Angstmacher ist gescheitert. Die Briten haben sich nicht einschüchtern lassen, sondern haben sich gegen die EU und für mehr Selbstbestimmung entschieden. Auch wenn es offensichtlich zahlreichen Politikern nicht passt, ist diese Entscheidung des britischen Volkes zu akzeptieren – so funktioniert nun mal Demokratie.

**Im** Gegensatz zum allgemeinen Tenor, der von einem traurigen und schwarzen Tag für Europa spricht, sehen ich es positiv. Es ist ein guter Tag für die Menschen, für die direkte Demokratie und – ich bin davon überzeugt – auch für Europa.

Gerade wenn man die Bürger Europas wieder in die demokratischen Entscheidungsprozesse mit aufnimmt, entzieht man extremen Kräften ihren Nährboden, entgegnet der gefährlichen Politikverdrossenheit und schafft ein Europa der Menschen, die sich damit besser identifizieren können.

## Aktuelle Lage der Euro- und Staatsschuldenkrise am 08. Juli 2016

---

**Es** ist nicht von der Hand zu weisen: Populisten und Extremisten jeglicher Couleur sind überall in Europa auf dem Vormarsch. Wenn sich die gesamtwirtschaftliche Situation in vielen Ländern Europas nicht zum Positiven wendet – wovon ich ausgehe –, dürfte die EU eher früher als später implodieren. Sollte die Politik nicht umgehend damit beginnen, die Probleme der Menschen und nicht nur die der Banken zu lösen, ist die Gefahr groß, dass eher früher als später politische Parteien in Europa an die Macht kommen, die sich kein aufrechter Demokrat wünscht.

**Leider** hat die Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass die Chancen schlecht stehen, dass Politiker solch gefährlichen Entwicklungen aktiv entgegensteuern. Im Gegenteil: Durch falsche, nervöse Entscheidungen befeuern sie diese oft noch. Mittlerweile beginnt auch Frankreich, die europäische Wirtschaftsmacht Nummer zwei und eine der Säulen Europas, immer mehr zu wanken. 2017 wird dort ein spannendes Jahr, da der Präsident gewählt wird. Sollte Marine Le Pen vom Front National die Wahl gewinnen, dann wird in Europa nichts mehr so sein, wie es war.

Wenn jetzt die EU mit Großbritannien den drittgrößten Nettozahler und ungefähr 20 Prozent ihrer Wirtschaftskraft sowie die zweitgrößte Volkswirtschaft, die drittgrößte Bevölkerung und das europäische Finanzzentrum London verliert und die Verschuldung der EU-Länder weiter kontinuierlich steigt, dann ist es nur noch eine Frage der Zeit bis auch die gigantische Staatsschuldenblase platzen wird.

**Der** Brexit ist der Anfang vom Ende der EU und des Euros. Mehr denn je wird in der EU gegeneinander anstatt miteinander gearbeitet. Man kann nur hoffen, dass die Eliten der EU den eindeutigen Warnschuss gehört haben und endlich die längst überfälligen und notwendigen Veränderungen durchführen. Europa benötigt keine politische und keine Währungsunion, sondern eine starke Wirtschaftsunion. Europa als Friedensprojekt und Gemeinschaft ist nicht gescheitert – ganz im Gegenteil!

Wenn jetzt die richtigen Lehren aus dem Scheitern der EU und den Wünschen der Menschen gezogen werden, kann ein kerngesundes Fundament für die Zukunft aufgebaut werden.

Werden jetzt jedoch nicht aus dieser Entscheidung des britischen Volkes die richtigen Konsequenzen angestrebt und wird von den politischen Eliten nicht erkannt, dass der Euro unseren Wohlstand auffrisst und Europa trennt, anstatt es zu einen, und dass die irrsinnige Politik der Europäischen Zentralbank sich gegen die Menschen richtet, dann wird die EU, aber auch die europäische Idee gnadenlos scheitern. Es ist unsere bürgerliche Pflicht das zu verhindern. Es ist mehr denn je Zeit für Realismus und nicht für Pessimismus. Ich hoffe, dass der heilsame Schock nun die wichtigen und überfälligen Veränderungen initiiert.

**Summa** summarum – es steht nicht gut um Europa aber auch nicht um die Weltwirtschaft. Der Anleihenmarkt steht kurz vor dem Platzen, die Aktienmärkte erreichen trotz Null- und Niedrigzins und der Ausweitung des Aufkaufprogramms der EZB keine neuen Rekordstände – was ein deutliches Warnzeichen hierfür ist, dass den selbigen die Puste so allmählich ausgeht. Die Zahl verfügbarer Staatsanleihen, welche die EZB ankaufen darf, sinkt weiter. Mittlerweile rentieren fast ein Drittel aller Euro-Anleihen unter dem negativen EZB-Einlagenzins und dürfen deswegen nicht gekauft werden. Eine Aufweichung der Regeln wäre ein weiterer Schritt hin zur Transferunion.

Selbst die BIZ, die Zentralbank der Notenbanken, warnt vor einer erneuten und noch heftigeren Finanzkrise als 2008. Meine Meinung deckt sich mit dieser. Ich gehe von krassen Verwerfungen an den Finanzmärkten aus, die 2008 mit Leichtigkeit in den Schatten stellen werden. Die Zutaten hierfür sind perfekt zubereitet und zum Anrichten bereit.

Machen Sie sich auf einen historischen Absturz bereit.

*Ich habe, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die aktuelle Lage der Euro- und Staatsschuldenkrise in verständlicher Form geschildert. Die Fakten und Daten habe ich im Internet recherchiert.*

*Ich hoffe, dieser kleine Überblick und Einblick wird das Wissen und das Verständnis unseres Zukunftsproblems deutlicher machen. \**

Klaus-Peter Voigt

Mitglied der Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger in Neumünster

\* *Die gemachten Ausführungen zur aktuellen Lage der Euro- und Staatsschuldenkrise stellen nur meine Meinung zu diesem Thema dar. Sie sind nicht Bestandteil unseres Wahlprogramms oder sind vorher innerhalb der Wählergemeinschaft diskutiert worden.*